

Kommentare und Berichte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **50 (1970-1971)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Interkantonaler Reformwille

Die Kantone haben es heutzutage in mancher Hinsicht nicht leicht. Man erwartet von ihnen, dass sie sich gegen den zentralistischen Strom der Zeit stemmen, und gleichzeitig gibt man ihnen zu verstehen, dass sie sich nicht dauernd als Bremser betätigen sollten, wenn es darum gehe, überflüssige Hindernisse im gesamtschweizerischen Verkehrs- und Menschenstrom zu beseitigen. Dass manches nicht mehr stimmt, ist den meisten unter ihnen geläufig. Eine lange Reihe von Kantonen hat denn auch eine Totalrevision ihrer Verfassungen in Aussicht genommen.

So sehr diese Tendenz für den Gestaltungswillen der Kantone zeugt, so stark ist aber zu bezweifeln, ob es ihnen gelingen wird, mit solchen Revisionen wirkliche Strukturreformen zu erzielen. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es heutzutage nur noch wenige Rechtsgebiete gibt, die völlig eigenständig durch die Kantonalstaaten geregelt werden können. Sollte es auf eidgenössischer Ebene zu einer umfassenden Totalrevision kommen, so hätte das mit andern Worten auch weitreichende Auswirkungen auf die kantonalen Verfassungen. Denn die Verflechtung hat ein ausserordentliches Mass angenommen. Dabei hat sich das Vorgehen längst in dem Sinne eingependelt, dass der Bund in der Rechtsschöpfung vorangeht und dann den Kantonen die Ausführungsgesetzgebung – manchmal auch bloss die Ausführung – überlässt.

Zum Beispiel der Aargau

Wenn zum Beispiel der Aargau kürzlich eine Totalrevision eingeleitet hat, so han-

delt es sich deshalb im wesentlichen um eine Modernisierung im rechtstechnischen Sinn. Darüber hinaus soll offenbar versucht werden, die Volksrechte zu verewentlichen – ein Anliegen, das ja auch auf eidgenössischer Ebene aktuell ist. Es geht der Regierung mit andern Worten darum, den Bürger von Bagatellentscheiden zu entlasten und ihm nur noch die wesentlicheren Probleme zu unterbreiten.

Auch dieses relativ bescheidene Reformprogramm bedarf aber einiger Anstrengungen. Offenbar ist es nötig, das entsprechende Problembewusstsein in einer breiteren Öffentlichkeit erst zu schaffen. Die Regierung ist denn auch bereit, für diese Aufgabe einiges zu investieren, aus der Überzeugung heraus, dass es sich hier um eine politische Führungsaufgabe handle, bei der man nicht auf eine «Grundwelle» im Volke warten dürfe. Diese Grundwelle würde nämlich nach aller Wahrscheinlichkeit noch lange auf sich warten lassen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil das Bewusstsein weit verbreitet ist, dass die eigentlichen Strukturprobleme nicht oder nur zum Teil durch Verfassungsreformen angepackt werden könnten.

Sie sind nämlich vor allem wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Natur und machen als solche nicht halt vor den Kantons Grenzen. Die Region Baden etwa hat wohl mehr Probleme mit dem Raume Zürich gemeinsam als mit dem restlichen Kanton. Das Fricktal ist stark nach Basel orientiert. Zofingen seinerseits bildet mit einem Teil des Kantons Solothurn eine Region rund um das «eidgenössische Strassenkreuz». In allen diesen Fällen ist es für den Kanton Aargau schon aus wirtschaftsgeographischen Gründen nicht möglich, im Alleingang wirkliche Struktur-

reform zu betreiben. Dazu wären Formen der interkantonalen Zusammenarbeit nötig, die es bis heute nur ansatzweise gibt.

Gewiss bildet der Kanton Aargau mit seiner zentralschweizerischen Lage als «Brückenstaat» ein besonders krasses Beispiel für die Schwierigkeit, im Zeitalter der immer grösser werdenden Wirtschaftsräume noch wirklich kantonale Politik zu betreiben. Doch mehr oder weniger befinden sich heutzutage fast alle Kantone in dieser Situation. Wenn erst eine grössere Zahl von wirtschaftlichen Analysen vorliegt, wie sie zum Beispiel der Kanton Appenzell/AR von der Hochschule St. Gallen hat anfertigen lassen, dann wird vielleicht auch hier eine Verstärkung des Problembewusstseins eintreten, die schliesslich dazu führen könnte, eine gesamtschweizerische Diskussion in Gang zu bringen.

Wink mit dem Zaunpfahl

Einen wesentlichen Beitrag in dieser Richtung leistet eben jetzt der Bund auf einem wichtigen Teilgebiet: der Raumplanung. In der dritten Januarwoche wurde der Entwurf eines Raumplanungsgesetzes auf Grund der neuen Bodenrechtsartikel zur Vernehmlassung freigegeben, zusammen mit einem Bericht über «Raumplanung Schweiz». Was an Entwurf und Bericht besonders erstaunt, ist das fast «unschweizerisch» anmutende Tempo, in dem hier vorgegangen wurde. Der Bundesrat war sich offensichtlich bewusst, dass auf diesem Gebiet besondere Eile nottut. So hat er sich entschlossen, die Vernehmlassung einzuleiten, bevor noch die einzelnen Departemente Stellung bezogen hatten und bevor die staatsrechtliche Seite abschliessend geklärt war.

Bei diesem beschleunigten Verfahren werden Missverständnisse nicht zu vermeiden sein. Doch hat es andererseits den Vorteil, dass die Diskussion schon jetzt auf breitester Basis einsetzen kann. Es wird kaum zu vermeiden sein, dass diese sich da und dort festfahren wird. Entscheidend aber ist, dass der Grundgedanke der

«durchgehenden Planung», das heisst des ständigen Zusammenwirkens von Bund, Kantonen und Gemeinden, endlich voll zum Durchbruch kommen wird. Nur so kann es gelingen, dem schwerwiegenden Problem einer optimalen Ausnützung und Ausgestaltung unserer Landschaft erfolgreich zu Leibe zu rücken. Die so ausgerichtete Diskussion um die Raumplanung kann darüber hinaus auch auf weitere Gebiete der Innenpolitik ausstrahlen; denn es fehlt nicht an zusätzlichen Problemkreisen, bei denen die «durchgehende Planung» letzten Endes die einzig vernünftige Lösung darstellen wird. Die Politik des Bundesrates in der Raumplanung muss deshalb im engeren wie im weiteren Sinn als Wink mit dem Zaunpfahl verstanden werden.

Unruhige Stiefkinder der Hochkonjunktur

«Sind die Bauern wild geworden?» So und ähnlich tönte es in den letzten Wochen in einem Teil der Presse. Der Grund lag darin, dass die landwirtschaftlichen Organisationen ihren Anspruch anmeldeten, trotz der Zubilligung von Einkommenserhöhungen im letzten Jahr ebenfalls in die neue «Lohnwelle» miteinbezogen zu werden. Es wird nicht einfach sein, hier eine allseitig tragbare Lösung zu finden. Sicherlich sind die Bauern in einer Phase galoppierender Lohn- und Produktionskostensteigerungen an einem besonders kurzen Hebel. Andererseits sind Landwirtschaftspreise sozusagen traditionell «politische Preise», an denen sich die Gemüter besonders leicht erhitzen.

Es stellt sich immer mehr die Frage, ob die Einkommenssicherung noch länger im bestehenden Umfang über die Preispolitik erreicht werden kann. Natürlich muss für den betroffenen Wirtschaftszweig eine solche Frage etwas zutiefst Deprimierendes haben. Denn es ist leicht nachzuweisen, dass die Landwirtschaft zu jenen Sparten gehört, wo die Modernisierung und Rationalisierung ganz ausserordent-

liche Masse angenommen hat. Der «Lohn» besteht aus objektiven Gründen, die weitgehend ausserhalb der Landwirtschaft zu suchen sind, in der Tatsache, dass das Einkommen trotzdem nachhinkt und dass sich trotz allem immer stärker eine Politik aufdrängt, welche den Einkommensausgleich durch direkte Zulagen bewerkstelligen müsste. Die Bauern selbst reagieren darauf sauer. Gerade ihnen fällt es besonders schwer, «armengenössig» zu werden. So oder so wird es indessen kaum zu umgehen sein, das Konzept unserer Agrarpolitik einmal mehr von Grund auf zu überprüfen.

Verletzlich

Unsere Gesellschaft ist verletztlich geworden. Und diese Verletzlichkeit steigt im Grunde genommen, je besser sie durchorganisiert und durchrationalisiert ist. Das schwere Eisenbahnunglück am Zürichsee ist ein solches Beispiel: Je mehr uns die Technik an einzelnen Handgriffen abnimmt, um so verhängnisvoller wirken sich im Restbereich menschlicher Bedienung einzelne «Fehlleistungen» aus. Eine ähnliche, wenn auch weniger folgenschwere Illustration dazu ist das Untersuchungsergebnis betreffend den Absturz eines Mirage-Kampfflugzeuges: Der hochgezüchtete technische Wundervogel ging verloren, weil das Auftanken vergessen worden war – ein Vorfall, dem auch schon Verkehrsflugzeuge zum Opfer gefallen sind, der aber in seiner Stupidität trotzdem kaum zu überbieten ist.

Verletzlich sind auch unsere Diplomaten geworden. Die Zeiten, da der Schweizerpass ein Privilegiertenausweis war, sind offensichtlich vorbei. Auch unsere diplomatischen Vertreter sind zu möglichen «Handelsobjekten» in revolutionären Auseinandersetzungen anderer Länder geworden – ein Vorgang, der nicht nur symptomatisch für die Verwilderung der politischen Sitten ist, sondern auch darauf hindeutet, dass sich das internationale «Image» der Schweiz offensichtlich

ebenfalls einem Wandel ausgesetzt sieht: Neben das Bild der humanitären Schweiz ist das «Image» der «kapitalistischen Schweiz» getreten, die auf Grund ihrer weltwirtschaftlichen Verbindungen von den Sozialrevolutionären mit auf die Anklagebank gesetzt wird.

Sondersession ohne Extratouren

Vom 25. bis 27. Januar hatten sich die eidgenössischen Räte zu einer Sondersession zusammenzufinden. Anlass dazu war die neue Vorlage des Bundesrates für eine Änderung der Finanzordnung. Dringlichkeit war nach Ansicht der Landesregierung deshalb geboten, weil die Bundesfinanzen 1973 ohne Neueinnahmen in einen Engpass mit einem «Loch» von über einer Milliarde geraten würden, da es dann neben weitem öffentlichen Aufgaben auch die 8. AHV-Revision zu verwirklichen gilt. Zudem ist der Bundesrat der Meinung, dass man es dem Bürger schuldig sei, die sogenannte kalte Progression trotz dem negativen Abstimmungsentscheid vom 15. November so rasch als möglich zu beseitigen – die Erscheinung jener «kalten» Steuererhöhung also, die dadurch wirksam wird, dass die Steuerpflichtigen als Folge des laufenden Teuerungsausgleichs in höhere Steuerklassen geraten, ohne in bezug auf die Kaufkraft wirklich mehr zu verdienen.

Aus diesen Gründen hatte der Bundesrat bekanntlich bereits im Dezember eine neue Finanzvorlage präsentiert, welche die kurzfristigen Ziele der abgelehnten Finanzordnung zum Inhalt hat, während die langfristigen, das heisst die Beseitigung der zeitlichen Begrenzung und der materiellen Beschränkung, fallen gelassen wurden. Der Ständerat, dem die Priorität zukam, zeigte sich dieser Lösung aufgeschlossen. Zwar flackerte da und dort an Einzelfragen Widerstand auf. Doch konnte dies nicht verhindern, dass die Vorlage schliesslich ohne Gegenstimme gebilligt wurde.

Das Wort hat nun in der Märzsession der Nationalrat. Und wenn alles gut geht,

wird es im Juni, also noch vor den Nationalratswahlen im Herbst, zur Volksabstimmung kommen. Indessen hat Bundesrat Celio sicherlich recht, wenn er betont, dass die neue Frist von zwölf Jahren nur auf dem Papier bestehe. Die

Entwicklung, vor allem auch auf internationalem Gebiet, insbesondere in der EWG, wird uns ohne Zweifel schon vorher zwingen, die eidgenössische Finanzpolitik in ihren Grundzügen neu zu überdenken.

Spectator

SINGAPUR – GUINEA – POLEN

Die Konferenz der Mitgliedstaaten des britischen Commonwealth, die vom 15. bis 22. Januar in Singapur stattfand, hat der Welt erneut demonstriert, wie stark die *gefühlsmässigen Bande* noch immer sind, die das britische Empire einst geschaffen hat. Der Auftakt zum Treffen war wenig verheissungsvoll. Die Staats- und Regierungschefs der farbigen Commonwealth-Staaten hatten sich mit dem Versprechen nach Singapur begeben, dort mit Energie und vollem Einsatz gegen die Pläne Londons aufzutreten, die Waffenlieferungen nach Südafrika wieder aufzunehmen. Premierminister *Heath* seinerseits hatte versichert, das konservative Kabinett werde sich von seinem Kurs in der Südafrika-Frage nicht abbringen lassen. Eine schwere Konfrontation zwischen den weissen und den afro-asiatischen Staaten schien unvermeidlich; die Möglichkeit eines Auseinanderfallens des Commonwealth zeichnete sich drohend am Horizont ab.

Heaths Verteidigungskonzeption «*East of Suez*»

Für den britischen Regierungschef ging es in Singapur um ein *Kernstück* seiner Verteidigungskonzeption im Indischen Ozean. Der sich seit 1968 anbahnende Abbau des militärischen Engagements der Vereinigten Staaten in Südostasien, der parallel zu dem von der britischen Labourregierung gefassten Beschluss über einen Rückzug aus den Gebieten «*East of Suez*» ging, hatte im Indischen Ozean ein gefährliches *machtpolitisches Vakuum* entstehen lassen, in das die Sowjetunion in den vergangenen zwei Jahren prompt hineingestossen ist.

Grossbritannien und die Vereinigten Staaten standen damit vor der Frage, ob sie dieses weite und strategisch wichtige Gebiet einer immer stärker werdenden Infiltration durch Russland überlassen sollten. Die sowjetische Präsenz manifestierte sich durch den Aufbau von Stützpunkten in *Südjemen* und auf der Insel *Sokotra*, die offensichtlich als Basen für die immer häufiger in den Gewässern des Indischen Ozeans kreuzenden russischen Kriegs- und Fischereischiffe dienen sollten.

Washington hat London gedrängt, den vorgesehenen Abbau der britischen Präsenz in diesen Gebieten zu *verlangsamen*. Die Regierung *Heath* ist diesen Wünschen entgegengekommen: Am Persischen Golf, auf der Insel Diego Garcia und in Singapur sollen britische Kontingente länger stationiert bleiben, als es in den ursprünglich noch unter Wilson gefassten Plänen vorgesehen war. Grossbritannien wollte jedoch die Last der Verteidigungsaufgaben nicht allein tragen; *Heath* entschloss sich deshalb, die vom Labour-Kabinett gestoppten Waffenlieferungen nach Südafrika wieder in Gang zu bringen; das *Wächteramt* am Kap der Guten Hoffnung – seit der Sperre des Suezkanals im Juni 1967 eine strategisch immer wichtiger gewordene Basis – sollte die Südafrikanische Republik mit übernehmen.

Kompromissformel

Gegen diese Absichten *Heaths*, die tatsächlich im Widerspruch zu einem Beschluss der Vereinigten Nationen stehen, liefern nun die afro-asiatischen Mitgliedstaaten des Commonwealth Sturm. Die

grosse Krise, die sich abzuzeichnen begann, brach jedoch nicht aus. *Pragmatismus* und *Common Sense* triumphierten. Das Problem Südafrika wurde in Singapur ausgeklammert; die Konferenz fand sich schliesslich auf dem gemeinsamen Nenner einer sich auf *prinzipielle Feststellungen* beschränkenden Erklärung über mehr oder minder unbestrittene Gemeinsamkeiten. Man wird daran zweifeln, dass künftige Historiker diese «Commonwealth Declaration» von Singapur in eine Reihe mit andern wichtigen Dokumenten der britischen Staatengemeinschaft stellen werden, etwa mit der Westminster Act von 1931. Es handelt sich vor allem um eine *Hilfskonstruktion*, mit der eine Brücke der Verständigung geschlagen werden konnte. Der Premierminister von Singapur, *Lee Kuan Yew*, sprach deshalb mit Recht von einer nur «marginalen Annäherung», und auch Präsident *Kaunda* von Sambia, einer der Führer der afrikanischen Gruppe im Commonwealth, liess durchblicken, dass die Differenzen um Südafrika keineswegs ausgeräumt seien.

Trotz diesem Weiterschwelnen der Gegensätze bedeutet der in Singapur erzielte *Zeitgewinn* für Premierminister Heath zweifellos einen Erfolg. Es wäre ein schwerer Schlag für den konservativen Regierungschef gewesen, wenn seine Amtszeit, die erst vor einem guten halben Jahr begonnen hat, schon am Anfang mit einem Bruch der Commonwealth-Bindungen belastet worden wäre. Das feste Auftreten von Heath, der sich als massvoller, aber selbstbewusster, auf die historischen Leistungen Englands stolzer Tory-Führer präsentierte, hat sich bezahlt gemacht. Wie dauerhaft dieser Erfolg angesichts der politischen Labilität mancher afrikanischer Staaten sein wird, ist freilich im Augenblick nur schwer abzuschätzen.

Terrorjustiz in Guinea

Für diese schwelende Unsicherheit in vielen der jungen Länder Afrikas lieferten bereits die Tage unmittelbar nach der Konferenz von Singapur zwei Beispiele.

In *Uganda* benützte die Armee die Abwesenheit von Präsident *Obote*, um sich durch einen Staatsstreich in den Besitz der Macht zu setzen. Ähnlich wie im Falle Kwame Nkrumahs von Ghana im Jahre 1966 zeigte es sich, welches Risiko ein afrikanischer Staatschef noch immer läuft, wenn er sich für einige Zeit ausser Landes begibt.

Erschreckender als der Umsturz in Kampala sind die Ereignisse im Guinea *Sékou Tourés*. Seit am 22. November 1970 ein offensichtlich mit portugiesischer Unterstützung lancierter Überfall auf Conakry unternommen wurde – der sein Ziel, den Sturz Sékou Tourés, allerdings nicht erreichte – sind in diesem Land die Rachegeister losgelassen. Das guineanische Parlament ist unter den aufreizenden Worten des Staatspräsidenten in ein «Volkstribunal» umfunktioniert worden, dem die politische Führung die Aufgabe zusprach, Jagd auf die Feinde des Regimes zu machen. Sékou Touré setzte sich selbst an die Spitze dieser blutrünstigen Verfolgungskampagne, indem er den Schädlingen der guineanischen Nation ein schreckliches Schicksal androhte: «Das Volk soll sie in Stücke zerhacken», sagte er, «sie lebendig verbrennen und ihnen die Kehlen aufschlitzen.» Tatsächlich wurden 92 Todesurteile ausgesprochen, zum Teil allerdings im Abwesenheitsverfahren. Ein Teil der Urteile wurde bereits unter unwürdigen Umständen vollstreckt.

Die Agitation in Guinea richtete sich vor allem auch gegen *europäische Entwicklungshelfer*. Zahlreiche wurden des Landes verwiesen, einer von ihnen, ein Westdeutscher, ist unter mysteriösen Umständen in der Haft verstorben. In Bonn wird vermutet, dass der Schlag gegen die Westdeutschen in Guinea von Ostberlin aus – das in Conakry eine grosse diplomatische Vertretung unterhält – tatkräftig unterstützt und gefördert worden ist. Da die DDR kaum in der Lage sein dürfte, etwas politisch Wichtiges zu unternehmen, ohne dafür die *Zustimmung Moskaus* zu haben, drohen die Vorgänge in Guinea auch die *Bonner Ostpolitik* zu belasten. Der von der

Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten immer wieder beteuerte Entspannungswille erhält im Lichte der düsteren Hexenjagd von Guinea einen bedrückenden Aspekt.

Stagnation in Berlin

Auch die Frage von Westberlin, anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 12. August 1970 zum Prüfstein der Entspannung deklariert, scheint von einer Lösung weiter entfernt denn je. Am 19. Januar sind die Botschafter der vier Siegermächte zum dreizehnten Mal in der ehemaligen Reichshauptstadt zu einem Gespräch zusammengetroffen. Das Ergebnis war, wie fast immer in den letzten zehn Monaten, praktisch gleich null. Bis heute liegen nicht die mindesten Anzeichen für eine Bereitschaft der Sowjetunion zu einem Entgegenkommen in der Berlin-Frage vor. Im Gegenteil: in der Zwischenzeit sind aus nichtigen Anlässen die Zufahrtswege nach Westberlin mehrmals blockiert worden. Der Kreml und seine ostdeutschen Partner haben damit deutlich demonstriert, dass sie sich in Berlin im Besitz des längeren Hebelarmes wissen und gewillt sind, diese günstige Situation zum eigenen Vorteil auszunützen. Russland kann warten. In der Vergangenheit hat es schon mehrfach gezeigt, dass es die Tugend der Geduld in reichlicherem Masse besitzt als seine westlichen Gegenspieler.

Anhalten der Spannung in Polen

Die Unrast in Polen, die im Dezember zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polizei und Bevölkerung führte, dauert an. Das *Abtreten Gomulkas* hat zu keiner Entspannung geführt. Der neue Parteichef *Edward Gierek* bemüht sich, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Durch Besuche in Moskau und Ostberlin hat er sich nach aussen hin abzusichern gesucht. Im Inneren verfolgt er eine Politik vorsichtigen Entgegenkommens. Er hat Delegationen von Arbeitern und Intellektuellen empfan-

gen, um mit ihnen die Situation zu diskutieren. Zusammen mit dem neuen Ministerpräsidenten Jaroszewicz begab er sich nach den Ostseehäfen *Danzig* und *Stettin*, wo er ausgiebige Gespräche mit den revoltierenden Werftarbeitern führte. Die Arbeiter sollen der Parteiführung konkrete Forderungen unterbreitet haben. Sie fordern vor allem die Bestrafung der Funktionäre, die für das Stagnieren der Wirtschaft verantwortlich sind, und wünschen, dass die Vorgänge vom Dezember untersucht und diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die damals der Miliz den Schiessbefehl erteilten. Gleichzeitig werden verbesserter Krankenschutz und mehr Wohnungen verlangt, die Gewerkschaftsvertreter sollen frei gewählt und der Presse sollen die Zügel gelockert werden.

Das alles sind Forderungen, die – sollten sie angenommen werden – rasch zu einem Einsturz aller vom Regime aufgerichteten Dämme führen könnten. Gierek bemüht sich deshalb um eine *Kanalisation der Erregung*. Partei und Regierung haben aus dem Katalog der Wünsche einige Punkte ausgewählt und sich auf diese Weise wenigstens halbwegs zum Einlenken geneigt gezeigt, um aus dem Kessel der Emotionen etwas Dampf abzulassen. So wurden Lohnerhöhungen angekündigt, eine vermehrte Investitionstätigkeit auf dem Gebiet der Konsumgüterindustrie wurde in Aussicht gestellt und eine Verbesserung der Sozialleistungen versprochen. In einer Ansprache vor Danziger Werftarbeitern ging Gierek sogar so weit, den früheren Parteichef Gomulka und dessen Anhänger für die blutigen Unruhen des Dezember verantwortlich zu machen und weitere politische Veränderungen zuzusagen.

Giereks Bereitschaft zu einem Entgegenkommen hat jedoch ihre Grenzen. Er befindet sich unter doppeltem und dreifachem Druck: Im Innern führt er einen Zweifrontenkrieg gegen die sich ständig steigenden Forderungen der Arbeiterschaft und gegen die Kreise der Partei, die sich seinem Kurs widersetzen. Von aussen her droht die Sowjetunion, die an ihrer

Westgrenze, auf dem wichtigen polnischen Abschnitt, über den die Verbindungen zu den in der DDR stationierten mächtigen sowjetischen Streitkräften führen, keine Unruhe dulden kann. Niemand weiss, wie gross das Vertrauen ist, das Gierék im Kreml geniesst. Seine Vergangenheit – er hat viele Jahre seines Lebens im Westen verbracht – deutet nicht darauf hin, dass er ein Funktionär ist, wie ihn Moskau sich vorstellt. Zwar ist die Verteilung der Machtgewichte innerhalb der neuen pol-

nischen Führung von aussen her nicht leicht zu erkennen, und Moskaus Mann, *Moczár*, scheint eine wichtige Rolle zu spielen. Für Gierék kommt es nun vor allem darauf an, Ruhe und Stabilität im Lande rasch wieder herzustellen. Ein längeres Fortdauern der im Dezember entstandenen halbrevolutionären Situation wird von der Sowjetunion zweifellos nicht stillschweigend hingenommen werden.

Fabius

VIEL ROT IM POLITISCHEN «FLECKERLTEPPICH» ÖSTERREICHS

Kraftprobe Bundespräsidentenwahl

Fast ein Jahr nach den letzten Nationalratswahlen und ein Vierteljahr vor den Bundespräsidentenwahlen präsentiert sich Österreichs politische Landschaft eher festgefahren und keineswegs in Bewegung. Nachdem die sozialistische Minderheitenregierung Kreisky unter Mithilfe der nationalistischen «Freiheitlichen Partei» die grösste Hürde des ersten Jahres, das Budget für 1971 genommen hat, kann sie eher getrost in die Zukunft blicken, denn bei allen grösseren politischen Entscheidungen kann sie vorerst einmal einer gewissen Mithilfe der FPÖ sicher sein. Gelassen gaben sich Österreichs Sozialisten auch bezüglich der Präsidentenwahlen, für die sie erst im Januar neuerlich Franz Jonas aufstellten.

Tatsächlich wird die Bundespräsidentenwahl die erste grössere Kraftprobe in Österreich nach den Nationalratswahlen vom Frühjahr 1970 bringen. Rein mathematisch müssten die Sozialisten diese Wahlen praktisch schon gewonnen haben – wie sie bisher sämtliche Bundespräsidenten der Zweiten Republik, Renner, Körner, Schärf, Jonas, stellten. Denn die sozialistischen und die kommunistischen Stimmen ergeben nach dem einfachen Wahlmodus der

Präsidentenwahlen normalerweise eine absolute Mehrheit für den sozialistischen Kandidaten, gegen die auch potente Gegenkandidaten der ÖVP, etwa Landeshauptmann Gleissner, Ex-Bundeskanzler Gorbach, weniger schon der von schwerer Krankheit gezeichnete Julius Raab, nicht aufzukommen vermochten. Als weiterer Vorteil erweist sich für Österreichs Sozialisten, dass sie den amtierenden Bundespräsidenten Jonas aufstellten und ein amtierender Bundespräsident normalerweise schwer zu schlagen ist, weil eben die Vielzahl der Funktionen, die er zu erfüllen hat, an sich schon wahlwerbend wirken.

Überraschungen durchaus möglich

Nachteilig kann sich für die Sozialisten das noch immer starke Gleichgewichtdenken der Österreicher erweisen, denn schon heute haben die Sozialisten, obwohl sie keineswegs die absolute Mehrheit zu erringen vermochten, praktisch sämtliche erstrangigen Staatsfunktionen in Händen: den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler, den Ersten Nationalratspräsidenten und den Präsidenten des Gewerkschaftsbundes.

Hinzu kommt die starke Mobilität der Wähler, die Überraschungseffekte nach allen Seiten hin ermöglicht, aber auch die Tatsache, dass die Volkspartei einen Mann als Kandidaten präsentierte, der ursprünglich nicht aus ihren Reihen kam, dann aber als Aussenminister der ÖVP-Alleinregierung sein und der Regierung Image sichtbar auszuweiten imstande war: Österreichs derzeitiger UNO-Botschafter Waldheim.

Selbsterfleischung der ÖVP

Die Volkspartei hat dieser Nominierung allerdings eine weitere Phase ihrer Selbsterfleischung zu verdanken. Durch Kreisky aus einer Mitverantwortung verstossen, hat die Österreichische Volkspartei innerhalb des ersten Jahres vorexerziert, dass sie diesen Funktionswechsel nicht zu bewältigen vermochte. Die Partei, die in den ersten 25 Nachkriegsjahren immer die Mehrheit, zweimal die absolute Mehrheit, errungen hatte, die zurecht als staatstragende Partei bezeichnet wurde und mit deren Führungskräften (Kunschak und Figl, Raab und Gorbach, Klaus und Withalm) untrennbar der Wiederaufbau Österreichs verbunden ist, vermochte sich in der Opposition bisher nicht zu bewähren. Die schon vorher latenten personellen Differenzen kamen in aller Deutlichkeit zum Durchbruch; die Führungskrise war verquickt mit Differenzen der drei die Partei bildenden Bünde, dem Bauernbund, Wirtschaftsbund und Arbeiter- und Angestelltenbund, die vor allem bei der Wahl des ÖVP-Klubobmannes Professor Koren deutlich sichtbar wurde. Schliesslich ist durch den Abgang des einstigen Parteichefs und Bundeskanzlers Klaus von der politischen Bühne, das bevorstehende, altersbedingte Ausscheiden von Nationalratspräsident Maleta, aber auch die erschütterte Position von Parteiobmann Withalm neuerlich das innerparteiliche Generationsproblem der ÖVP virulent geworden. Nun fehlt es auch bei der Volkspartei nicht an jungen und fähigen Leuten; jeder von ihnen, mag er sich nun inner-

parteilich emporgearbeitet haben oder durch ein Wirken in der letzten Regierung Klaus bekanntgeworden sein, wie etwa der kluge und telegene Ex-Unterrichtminister Mock, werden nicht von heute auf morgen uneingeschränkt innerpolitisch anerkannt werden.

Die FPÖ im Aufwind

Ganz anders bewährte sich die Freiheitliche Partei (FPÖ) in ihrer Oppositionsrolle. Seit Parteigründung in Opposition, erhielt sie trotz eines anfänglich unglücklichen Operierens im Wahlkampf durch die sozialistische Minderheitenregierung einerseits und durch die Selbstausschaltung der Volkspartei andererseits erstmals 1970 etwas Auftrieb, den sie bei den Budgetberatungen, aber auch bei der damit im Zusammenhang stehenden Wahlrechtsreform zu nutzen verstand.

Die von den Sozialisten geplante «grosse Wahlrechtsreform», die im Nationalrat eine Zweidrittelmehrheit benötigt hätte, ist am verständlichen Widerstand der Volkspartei gescheitert; die nunmehr im Dezember 1970 realisierte «kleine Wahlrechtsreform», die mit einfacher Mehrheit von Sozialisten und Freiheitlichen zustandekam, kommt den Wünschen der FPÖ entgegen, ohne der SPÖ allzu wehe zu tun. Es ist eine durch Erweiterung der Wahlkreise bewirkte Milderung der bisher vom Gesetzgeber gewollten Schlechterstellung von Kleinparteien. Vor Jahren, als die Kommunistische Partei Österreichs als kleine Oppositionspartei noch eine gewisse Rolle spielte – oder zumindest für die Sozialisten einen Unsicherheitsfaktor darstellte –, aber auch später, als der aus der SP ausgeschlossene ehemalige Gewerkschaftspräsident und sozialistische Innenminister Olah und seine Partei eine Gefahr für die Sozialisten hätte werden können, wäre die SPÖ nie zu einer solchen Wahlrechtsreform bereit gewesen. Heute wäre die kleine Wahlrechtsreform in der Lage, ein politisches Bündnis von SP und FP zu ermöglichen oder zu zementieren.

Des einen Schwäche – des andern Stärke

So wie in Österreich bei Wahlen kaum jemals eine Partei richtig gewinnt, sondern die andere durch Fehler die Wahlen verliert, so liegt auch jetzt die Stärke der sozialistischen Minderheitenregierung vor allem in der Schwäche und Ohnmacht der ÖVP. Immerhin hat der sozialistische Parteiobmann und Regierungschef Bruno Kreisky den einstigen Parteiobmann Pittermann stark abseits gedrängt, der übrigens auch schon rein altersmässig eher ein politischer Pensionist ist. Nachdem auf dem Posten des für die Sozialisten so wichtigen Wiener Bürgermeisters, ebenfalls im Dezember, ein Farbloser einen Farblosen abgelöst hat und Gewerkschaftspräsident Benya beim Aufbau und der nachfolgenden Demontage eines sozialistischen Presseimperiums wenig glücklich agierte, ist Kreisky in seiner Partei Alleinherrscher auf weiter Flur. Dadurch, dass er ausschliesslich seine persönlichen Parteifreunde in die Regierung nahm, mehr Sozialisten als je zuvor mit Ministerposten betrauen konnte, herrscht er auch auf dieser Ebene souverän, auch wenn er gerade bei der Regierungsbildung und bei der Besetzung des Landwirtschafts- und des Verteidigungsministers manche Pleite erlebte.

SPÖ: Bedenken angebracht

Hatte schon die Regierungsbildung gezeigt, dass der personelle Fundus der SPÖ keineswegs so unbeschränkt ist, wie dies während der Oppositionszeit und bei der Erstellung der neuen Parteiprogramme schien, so zeigte sich doch bald, dass die Schwierigkeiten auf einem anderen Gebiet noch weit grösser waren: die so reichlichen Wahlversprechen nunmehr als verantwortliches Regierungsteam in die Tat umzusetzen. Hier setzte eine weit über die Oppositionsparteien hinausgehende Kritik schon bei der Taktik Kreiskys ein, Kommissionen und Ausschüsse nach eigener Wahl und eigener Personenauswahl neben den Parlamentsausschüssen zu bilden, eine Tatsache,

die sofort als eine an Räte-Regierungen gemahnende Taktik charakterisiert wurde.

Im Sachlichen selbst sind in den paar Monaten natürlich nicht allzuviel Entscheidungen gefallen. Schweisste etwa die gegen die Bauern gerichteten Massnahmen die eher brüchig gewordene bäuerliche Front sehr schnell wieder zusammen, so dürfte das – noch nicht endgültig feststehende – Ergebnis der als «Wehrreform» bezeichneten Dienstzeitverkürzung doch letztlich anders aussehen, als es in der Vorwahlzeit von sozialistischer Seite aufgezeigt worden war. Gemeinsam mit einer vor allem auch im katholischen Lager stark überhandnehmenden Bewegung nach einem «Ersatzdienst» für den Wehrdienst scheint trotz allem eine starke Verminderung der Wehrebereitschaft Österreichs – ohne entsprechende Parallelmassnahmen der Nachbarstaaten – nicht ausgeschlossen.

Aussenpolitik im Brennpunkt

Weit weniger zur Diskussion stehen andere Dinge, die die damalige sozialistische Opposition mehr oder weniger heftig kritisierte, nun aber wortlos akzeptiert, beziehungsweise nahtlos fortsetzt, wie etwa die Südtirol-Lösung, die Aussenminister Waldheim – heissbekämpft – abschloss oder das längst eingeleitete EWG-Arrangement.

Kein Anlass zu wesentlicher Kritik bietet – von dem vorerst einmal missglückten Versuch Österreichs, einen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erlangen – die vom Nicht-Sozialisten Kirchschräger geführte Aussenpolitik. Auch wenn die Sowjets 1970 vor dem breitgelagerten Gürtel der Volksdemokratien erstmals einen weiteren Gürtel sozialistisch geführter Staaten (von Schweden über die Bundesrepublik bis Österreich) sehen und diese Situation zu nützen gewillt sind, so deutet doch wenig darauf hin, dass der frühere langjährige Staatssekretär im Aussenministerium und einstige Aussenminister Kreisky der bundesdeutschen Ostpolitik allzugrosse Sympathien entgegenzubringen scheint.

Verbleibt das Agieren der sozialistischen Minderheitsregierung auf wirtschaft-

lichem Gebiet: hier gelang es – wie übrigens den meisten anderen westeuropäischen Regierungen – nicht, Konjunkturauftriebstendenzen im Zaum zu halten; die freundschaftlich-zurückhaltende Gewerkschaft hat aber mitgeholfen, dass die früher so hochgespielten Preisprobleme wesentlich weniger diskutiert wurden. Die nach wie vor bestehende Hochkonjunktur hat übrigens auf diesem sicher bedeutsamen Gebiet noch keine Bewährungsprobe von der neuen Regierung abverlangt. Ein Umfunktionieren des Handelsministeriums in ein Konsumentenministerium durch Handelsminister Staribacher, der sich übrigens

weit mehr als Vizekanzler und Sozialminister Häuser in den Vordergrund spielte (soweit dies bei Kreisky überhaupt möglich ist), kann man in Zeiten einer Hochkonjunktur gewiss realisieren; ob Kreisky und sein Team in der Lage sein werden, in kritischeren Situationen wirtschaftliche Initiativen zu mobilisieren und den Export, der sich vor allem in den letzten beiden Jahren gut, gelegentlich sogar stürmisch entwickelte, weiterhin durch unterschiedliche Hilfsstellungen zu fördern, muss die Zukunft erweisen.

Harry Slapnicka

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Hohes schweizerisches Handelsbilanzdefizit

Was zu befürchten war, ist nun tatsächlich eingetreten. Das Handelsbilanzdefizit für das Jahr 1970 ist mit 5,73 (i. V. 2,72) Mia. Franken auf ein neues absolutes Rekordniveau angestiegen. Das Defizit ist Ausdruck der starken konjunkturellen Überhitzung, ist ein Gradmesser für die tatsächlich existierende Ungleichgewichtslage. Das «dynamische» Element in der Aussenhandelsstruktur ist natürlich in einer solchen Phase der Import, der von 22,73 (1969) Mia. Franken auf nunmehr 27,87 (1970) Mia. Franken angezogen hat. Dagegen dehnten sich die Exporte «nur» von 20,01 (1969) Mia. Franken auf 22,14 (1970) Milliarden Franken aus. Der prononciert ungleichgewichtige Aussenhandel lässt vermuten, dass damit der Überschuss der Ertragsbilanz, der im Vorjahr noch rund 2,2 Mia. Franken betragen hatte, im Jahre 1970 wie «Schnee an der Sonne» weggeschmolzen ist.

Es ist heute allerdings anzunehmen, dass sich dieser Aussenhandeltrend nicht mehr so steil fortsetzen wird, wie das 1970 der Fall war. Es sind einige Beruhigungs-

symptome erkennbar, die noch nicht eine eigentliche Normalisierung erwarten lassen, die aber doch etwas Dampf wegnehmen dürften. Damit ist jedoch der Inflationsschub noch nicht zu Ende; die inflationäre Virulenz wird nachwirken, weil sich bei nachlassendem, globalem Nachfragevolumen die Kostensteigerungen, ausgelöst insbesondere durch die Lohnwelle, verstärkt bemerkbar machen werden.

Wird die «Normalisierungsphase» lange anhalten? Daran ist zumindest zu zweifeln, denn die USA haben ihr wirtschaftspolitisches Stellwerk wieder auf Expansion eingerichtet. Sollte diese Politik in den Vereinigten Staaten Erfolg haben, so müsste damit gerechnet werden, dass unser Land bereits wieder im Jahre 1972 von einer neuen Welle steigender ausländischer Nachfrage überrollt werden könnte. Es bleibt in jedem Falle nicht sehr viel Zeit, um die Konjunkturpolitik auf der Basis eines neuen Verfassungsartikels auszubauen. Wird es gelingen, die Konjunkturpolitik in unserem Lande zu aktivieren? Es wird zweifellos eine harte politische Auseinandersetzung bedingen, um in diesem Gebiete zu modernen und vor allem flexibleren Lösungen zu kommen.

Liberalisierungsoffensive der EWG?

Im Bereiche des internationalen Handels konkurrieren gegenläufige Kräfte. Auf der einen Seite steht als Schreckgespenst der amerikanische Protektionismus, der von nicht wenigen Beobachtern der weltwirtschaftlichen Szenerie als Bedrohung des bisher erreichten Liberalisierungsgrades im zwischenstaatlichen Warenverkehr betrachtet wird. Als «unheilverkündendes» Zeichen dieser Entwicklung stand bekanntlich die Mills bill, die Ende des letzten Jahres in den USA die politischen Hürden allerdings nicht zu überspringen vermochte. Um so erstaunlicher mutet es an, dass die Eröffnung des 92. Amerikanischen Kongresses am 20. Januar dieses Jahres mit einem eigentlichen protektionistischen Knalleffekt erfolgte, indem Wilbur D. Mills, der Vorsitzende des Ways and Means Committee, einen neuen Anlauf unternommen hat, den amerikanischen Handelsprotektionismus am Leben zu erhalten.

Diese und andere protektionistische Praktiken haben das amerikanisch-europäische Handelsklima getrübt, was unter anderem darin zum Ausdruck gekommen ist, dass Ende Oktober des letzten Jahres die EWG der amerikanischen Regierung ihre Besorgnis über diese Entwicklung zum Ausdruck brachte. Auf diese Problematik kam zudem Prof. R. Dahrendorf, das für Aussenbeziehungen zuständige Mitglied der Europäischen Kommission, am 18. Januar in Beantwortung einer Anfrage im Europäischen Parlament, das in Luxemburg tagte, zu sprechen. Dahrendorf bezeichnete die Tatsache, dass die erweiterte EWG mehr als ein Viertel des Welthandels auf sich vereinigen werde, als eine Verpflichtung zu betrachten sei, darauf hinzuwirken, dass ein freier Welthandel erhalten bleibe.

Inbesondere wandte sich Dahrendorf auch den europäisch-japanischen Beziehungen zu, die er ins Licht der wachstumpolitischen Notwendigkeiten stellte; der Exportanteil der rasch expandierenden japanischen Wirtschaft könne das Land dazu veranlassen, seine in der Geschichte

verankerte Skepsis gegenüber der Aussenwelt aufzugeben. Japan sei im Begriffe, einen neuen, weltoffenen Weg einzuschlagen. Während der Handelsvertragsverhandlungen zwischen der EWG und Japan hätten die Japaner durchblicken lassen, dass sie an einer generellen Einhaltung der Regeln des welthandelspolitischen Wohlerhaltens interessiert seien. Im Rahmen des Handelsabkommens mit Japan soll im Blick auf eine offensivere Welthandelspolitik ein gemischter Ausschuss gebildet werden. In den Beziehungen zu den USA wird ein ähnliches Vorgehen in Erwägung gezogen. Weiter erklärte Dahrendorf, dass multilaterale Gespräche, sei es im Rahmen des GATT, der OECD oder anderer internationaler Organisationen, als Element der von der Kommission angestrebten Liberalisierungsoffensive ebenfalls zu betrachten sei. Ein weiteres Mittel sehe man in regelmässigen und «krisenfesten» Gesprächen mit den USA.

Inzwischen hat die japanische Regierung der Europäischen Kommission in einer Note mitgeteilt, dass sie gewisse autonome Zollsenkungen vornehmen werde. Es handelt sich insbesondere um Reduktionen von 30 bis 50 Prozent auf kleinen und mittleren Automobilen und auf Farbfilmern. Japan betrachtet dieses Vorgehen als eine Vorleistung des guten Willens.

Es ist in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, dass Dahrendorf von einer «grossen Runde» nicht sehr viel hält. Immerhin wäre daran zu erinnern, dass der Gedanke einer neuen GATT-Runde zum Abbau der nichttarifarisches Handelshemmnisse in Genf unter anderem durch Bereitstellung einer Liste der bestehenden nichttarifarisches Hemmnisse vorbereitet worden ist. Dem Gedanken einer spektakulären Runde stellt Dahrendorf die Auffassung gegenüber, dass alle Partner des Welthandels noch einmal prüfen sollten, ob sie nicht von sich aus neue Beiträge zur Öffnung des Welthandels leisten könnten. Dieser Appell bezieht sich allerdings nicht nur auf die nichttarifarisches Handelshemmnisse, sondern umfasst etwa auch

die volle Realisierung der Kennedy-Runde, die Suche nach weiteren Liberalisierungsmöglichkeiten.

Die EWG und Osteuropa

Es ist bei der Rede Dahrendorfs aufgefallen, dass seine Gedanken primär um die «drei Grossen» des Welthandels, die EWG, die USA und Japan, kreisten und den Ostblock nicht miteinbezogen. Es dürfte dies wohl damit zusammenhängen, dass zwischen der EWG und dem Osten, insbesondere natürlich der Sowjetunion, nach wie vor ein mittelschwer getrübtetes Verhältnis vorherrscht, weil die Sowjetunion in der jüngeren Vergangenheit wieder dazu übergegangen ist, die westeuropäische Integration als Reflex einer globalen Strategie des Imperialismus zu betrachten. Die Hoffnungen, dass sich die Sowjetunion offiziell ins Einvernehmen mit der EWG setzen könnte, haben sich nicht erfüllt. Die Sowjetunion glaubt noch immer, dass sie mit ihrer «Alternative», nämlich einer Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen, innerhalb der Grenzen einer europaweiten Friedenskonferenz, die westeuropäische Integration stören könne. Es ist ihr vor allem daran gelegen, die Entstehung einer gemeinsamen Handelspolitik der EWG gegenüber den osteuropäischen Staaten zu verhindern. Vorläufig kann sie, mit gewissen Einschränkungen, mit den einzelnen EWG-Ländern noch bilateral verhandeln.

In die globale Konspiration gegenüber dem Osten bezieht die Sowjetunion neustens auch Japan ein. Japan wird in die Reihe jener Länder eingegliedert, in denen auf dem Boden einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch der Militarismus wieder von neuem entstehe. Und die Sowjetunion verfißt die «These», dass sich in Japan die steigende wirtschaftliche Macht in politische und schliesslich auch in militärische Aggressivität in Südostasien umsetze. Charakteristisch für die «Globalstrategie-These» der Sowjetunion ist etwa ein Aufsatz im «Kommunist» (Februar 1970), in dem festgehalten wird, dass der

Aussenhandel der kapitalistischen Welt sehr rasch gestiegen sei, woraus eine zunehmende gegenseitige Verflechtung der Produktionsstrukturen der kapitalistischen Länder abgeleitet werden müsse. Deshalb könne die Frage der Integration nicht auf die EWG oder auf die EFTA allein beschränkt werden. Obwohl Europa im Kampfe um die Integration äusserst wichtig sei, so handle es sich letztlich eben doch um einen wesentlich weiträumigeren Prozess, in den alle kapitalistischen Länder letztlich involviert seien.

Die steigende Attraktion, die die EWG im Westen – wie auch im Osten – ausgelöst hat, die erfolgreiche Beschleunigung des Integrationsprozesses, der neue Impuls, den die EWG aus der Haager Gipfelkonferenz erhalten hat, und die Tatsache, dass Jugoslawien die EWG als erstes kommunistisches Land politisch anerkannt hat, führte seit 1968 wieder zu einer steigenden sowjetischen Besorgnis über die westeuropäische Integration. Sie findet ihren Ausdruck in heftiger gewordenen Angriffen auf die EWG, aus denen geschlossen werden kann, dass die Sowjetunion vorläufig offenbar nicht daran denkt, die Beziehungen zur EWG zu normalisieren, geschweige denn die EWG offiziell anzuerkennen.

Die Sowjetunion ist in der Politik gegenüber der EWG in Osteuropa zweifellos federführend, obwohl bekannt ist, dass die Beurteilung der EWG hinter dem Eisernen Vorhange sehr unterschiedlich ist. Aber die Differenzen sind nicht so gross, dass an dieser Frage eine eigentliche Spaltung in Osteuropa eingetreten wäre. Der Hauptgrund dürfte wohl darin zu suchen sein, dass auch die kleineren osteuropäischen Staaten der nicht ganz unberechtigten Auffassung sind, dass sie von einer unmittelbaren offiziellen Anerkennung der EWG vorerst einmal nicht sehr viel gewinnen würden. Die faktischen Hindernisse, die eine Ausdehnung des Ost-West-Handels behindern, liegen nicht so sehr in der politischen Sphäre, sondern vielmehr in der Inkompatibilität der östlichen und westlichen Wirtschaftsstrukturen.

Oeconomicus